

Rolle rückwärts erhitzt die Gemüter

Wirtschaftsbeirat ist sauer auf CDU, WGA und FDP

VON KAI PURSCHKE

Achim. Gerade war Rudi Knapp für den Wirtschaftsbeirat Achim als beratendes Mitglied des Ausschusses für Stadtentwicklung von Bürgermeister Rainer Ditzfeld in der jüngsten Sitzung vereidigt worden, „da wollte ich nach der Nummer am liebsten schon wieder austreten“, erzählt er. Keine Frage, der bisher mehrheitsfähige Antrag von CDU-Ratsherr Volker Wrede, im neu geplanten Herbergstraßenquartier auch Wohnen entlang der Obernstraße (zur Fußgängerzone hin) zuzulassen, liegt nicht nur Knapp, sondern auch seinen Mitstreitern vom Wirtschaftsbeirat tonnen-schwer im Magen. Wie berichtet, hatte die CDU-Fraktion mit Unterstützung von WGA und FDP den Antrag durchgesetzt, obwohl die öffentliche Auslegung der Bebauungsplanänderung längst erfolgt ist und nun eigentlich der Satzungsbeschluss gefasst werden sollte.

Dass dies vorerst nicht geschehen kann, hat den Wirtschaftsbeirat, der sich bisher als Vermittler stets im Hintergrund gehalten hat, regelrecht erzürnt. „Das hat uns in Aufruhr versetzt, nachdem Rudi uns abends noch anrufen hat“, bestätigte der Vorsitzende Adolf Bockmann, der sich wie Knapp (2. Vorsitzender) und Sigurd Wasmund (Schriftführer) in einem Pressegespräch am Freitag enttäuscht und wütend über CDU, WGA und FDP zeigte. „Gerade jetzt, wo sich deutliche Hoffnungszeichen für eine positive Entwicklung des Einzelhandels in der Innenstadt abzeichnen, empfehlen diese Fraktionen den sukzessiven Selbstmord des aperiodischen Einzelhandels“, hat es das Trio formuliert. Brockmann kann wie seine Mitstreiter seine Fassungslosigkeit über „Betonköpfe, Blockierer und Ausbremsler im Rat“ nicht verhehlen.

Weil die vom Wirtschaftsbeirat ersehnte größere, zusammenhängende Verkaufsfläche an der Fußgängerzone nun durch Wohnungen ersetzt oder zerstückelt werden könnte, sagt der Wirtschaftsbeirat: „Die neue Vision: Rentner sitzen auf ihrer Bank im Vorgarten an der Fußgängerzone und genießen die Friedhofsruhe!“ Rudi Knapp monierte, dass wohl nicht nur CDU-Mann Wrede in vorherigen Sitzungen nicht aufgepasst habe und gar nicht im Bilde sei. Knapp: „Mit ihrem Einwand hätten sie daher, wenn überhaupt, früher kommen müssen.“

Damit liegt Knapp richtig, zumal Wrede seinen Antrag auch damit begründet hatte, dass

mit der Bebauungsplanänderung „schon immer auch eine Wohnnutzung entlang der Obernstraße ermöglicht werden sollte“. Einzig: Das stimmt so nicht und ist mit wenigen Blicken in die Ratsunterlagen leicht zu widerlegen. Spätestens bei der Präsentation des Bebauungsplanentwurfs zum neuen Herbergstraßenquartier hieß es in der Fachausschusssitzung am 14. Mai dieses Jahres: Wohnen ist „in den Gebäuden, die von der Obernstraße und der Achimer Brückenstraße aus zugänglich sind, nur oberhalb des EG; ansonsten uneingeschränkt zulässig“. Genau so war das Konzept aus dem Architektenwettbewerb im Januar 2018 hervorgegangen, wie auch das Protokoll zur damaligen Jursitzung belegt. Mit dem Ausschluss einer Wohnnutzung im Erdgeschoss zur Obernstraße hatte der Entwurf auch öffentlich ausgelegen – einsehbar für alle.

Wrede: Wohnungen als Plan B

Aber es kommt noch besser: In jener Mai-Sitzung wurde der Entwurf der „4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 40 ‚Herbergstraße‘“ – mit dem Ausschluss des Wohnens im Erdgeschoss an der Obernstraße – sogar einstimmig gefasst, unter anderem mit den Stimmen eines Volker Wrede, einer Annameta Rippich (beide CDU) sowie eines Michael Heckel (WGA) und eines Hans Baum (FDP). Das bestätigt das Sitzungsprotokoll der Stadtverwaltung. Exakt diese Politiker, denen sich nun Karl-Heinz Lichter (CDU) anschloss, legten somit eine Rolle rückwärts hin.

Mit der Nachfrage konfrontiert, warum er erst jetzt mit seinem Antrag aus der Deckung gekommen ist, sagte Volker Wrede unserer Redaktion: „Ich gebe zu, dass ich das vorher überlesen hatte. Ich habe mich aber mit den Unterlagen im Nachhinein beschäftigt und besser spät als nie etwas gesagt.“ Zudem sei er in der jüngsten Sitzung missverstanden worden: „Ich will dort nicht in erster Linie Wohnungen haben, sondern Gewerbe!“ Aber er wolle unter allen Umständen neue Leerstände vermeiden und mit seinem Antrag erreichen, dass Wohnungen an der Obernstraße entstehen dürfen, „falls es nach mehreren Versuchen mit dem Gewerbe nicht klappt“.

Der Verwaltungsausschuss hat das Thema am Donnerstag übrigens nicht behandelt: Die juristische Prüfung der möglichen Folgen des Wrede-Antrags steht noch aus.